

CDU fordert Erklärung über Schwarz-Äußerungen zum Krankenhaus

Politische und persönliche Ungeheuerlichkeit steht im Raum

In der aktuellen Ausgabe des SPIEGEL wird die politische Krankenhaussituation am Beispiel des Landkreises Northeim thematisiert. Dabei werden die Verluste der Helios-Häuser in Northeim und Bad Gandersheim ebenso thematisiert, wie die Situation des „maroden Krankenhauses in Einbeck, der größten Stadt des Kreises“. Für politisch mehr als fragwürdig hält die CDU-Ratsfraktion, die unverantwortlichen Äußerungen von Jörg Niemann, Chef des niedersächsischen Verbandes der Ersatzkassen. Er bescheinigt dem Einbecker Krankenhaus „keine Zukunft“. Dies, so die CDU-Fraktion in einer Stellungnahme, werde man nicht unkommentiert lassen und den Verband der Ersatzkassen damit befassen.

Als politisch besonders brisant wird jedoch die angebliche Forderung des SPD-Landtagsabgeordneten Uwe Schwarz bewertet. Laut dem SPIEGEL-Artikel fordere Herr Schwarz die Schließung des Einbecker Krankenhauses. Zudem wirft der SPIEGEL auf Seite 45 die Frage nach einer möglichen Verquickung zwischen Uwe Schwarz als Politiker und persönlichen Interessen am krampfhaften Erhalt des HELIOS-Krankenhauses in Bad Gandersheim auf – seine Ehefrau ist bekanntermaßen Bürgermeisterin in Gandersheim. Zudem ist Uwe Schwarz in einem HELIOS-Aufsichtsgremium tätig.

Für die Einbecker CDU-Ratsfraktion ist klar: sollten die Aussagen des SPIEGEL zutreffen, so wäre das „eine politische und persönliche Ungeheuerlichkeit“, so CDU-Fraktionsvorsitzender Dirk Ebrecht. Hierzu müsse Schwarz sich umgehend erklären. Die SPD sei in der Verantwortung, ihrem langjährigen Unterbezirkvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Schwarz „gehörig auf den Zahn zu fühlen, wie es mit dem immer erklärten Einsatz für das Einbeck Krankenhaus denn nun wirklich“ stünde. Auch der Kreistag habe ein Interesse an der Aufklärung der „Causa Schwarz“, so die CDU in Ihrer Stellungnahme.